



Interfraktionelles Treffen der AfD-Gesundheitspolitiker

16. Oktober 2025

Resolution zur Krankenhausförderung und -reform

Krankenhäuser sind ein grundlegendes Standbein der Daseinsvorsorge in Deutschland. Sie garantieren die Gesundheitsversorgung der Patienten aus einer Hand und können aktiv dazu beitragen, die stationäre als auch ambulante Versorgung flächendeckend sicherzustellen.

Gerade im ländlichen Raum müssen Krankenhausstandorte einschließlich ihrer Notaufnahmen finanziell abgesichert werden.

Resolution zur Krankenhaussicherung und -reform

Krankenhäuser sind – wie Schulen, Kindergärten oder der öffentliche Nahverkehr – eine Lebensversicherung gegen die Entvölkerung ländlicher Regionen und gegen den Fortzug der Bevölkerung in überlastete Großstädte.

Die Tatsache, dass etwa 80 % der Krankenhäuser in Deutschland defizitär sind, zeigt: ***Die Unterfinanzierung der Kliniken ist ein politisches Problem und erfordert schnelle Lösungen.***

**Deshalb fordern die Gesundheitspolitiker
der AfD-Bundestagsfraktion und
AfD-Landtagsfraktionen:**

Interfraktionelles Treffen der AfD-Gesundheitspolitiker im Deutschen Bundestag

- Reform der Ampel-Krankenhauspolitik
- Soforthilfe für Krankenhäuser
- Faire Finanzierung statt Unterdeckung
- Inflationsausgleich
- Sicherstellungsauftrag für ländliche Kliniken
- Strukturkostenförderung statt Kahlschlag
- Rettungswesen stärken
- Qualitätssicherung im Interesse der Patienten
- Bürokratieabbau für Kliniken
- Bessere Personalausstattung
- Regionale Eigenverantwortung stärken

Deshalb fordern die Gesundheitspolitiker der AfD-Bundestagsfraktion und AfD-Landtagsfraktionen:

1. Reform der Gesundheitspolitik

Die unzulängliche Krankenhausreform muss umgehend grundlegend überarbeitet werden, um weiteren Schaden für die Gesundheitsversorgung in Deutschland abzuwenden.

Deshalb fordern die Gesundheitspolitiker der AfD-Bundestagsfraktion und AfD-Landtagsfraktionen:

2. Soforthilfe für Krankenhäuser

Die bereits beschlossene Soforthilfe ist zügig, aber bedarfsgerecht auszuzahlen. Eine Ausschüttung nach dem Gießkannenprinzip lehnen wir ab. Bei erkennbar höherem Bedarf ist die Soforthilfe aufzustocken.

Deshalb fordern die Gesundheitspolitiker der AfD-Bundestagsfraktion und AfD-Landtagsfraktionen:

3. Faire Finanzierung statt Unterdeckung

Die systematische Unterfinanzierung durch das Fallpauschalen-System und der ungenügenden Vorhaltepauschalen muss beendet werden. Geburtshilfe und Pädiatrie sind als essenzielle Bestandteile der Daseinsvorsorge auskömmlich sicherzustellen und zu vergüten. Kreissäle dürfen nicht dem Rotstift geopfert werden.

Deshalb fordern die Gesundheitspolitiker der AfD-Bundestagsfraktion und AfD-Landtagsfraktionen:

4. Inflationsausgleich

Um das wirtschaftliche Überleben der Krankenhäuser sicherzustellen, ist ein fairer jährlicher Inflationsausgleich unverzüglich einzuführen, bis eine neue Krankenhausplanung greift, die insbesondere die Versorgung im ländlichen Raum sicherstellt.

Deshalb fordern die Gesundheitspolitiker der AfD-Bundestagsfraktion und AfD-Landtagsfraktionen:

5. Sicherstellungsauftrag für ländliche Kliniken

Grund- und Regelversorger im ländlichen Raum brauchen einen Sicherstellungsauftrag. Geburtshilfe und stationäre Pädiatrie müssen flächendeckend und wohnortnah gesichert sein.

Ein Elternteil soll bei stationärer Behandlung des Kindes bis 14 Jahre mitaufgenommen werden können.

In Ostdeutschland darf nach dem Kliniksterben von 1990 kein weiteres Ausbluten folgen.

Deshalb fordern die Gesundheitspolitiker der AfD-Bundestagsfraktion und AfD-Landtagsfraktionen:

6. Strukturkostenförderung statt Kahlschlag

Der in der Krankenhausreform angelegte Konzentrationsprozess darf nicht zu einem Kahlschlag führen. Notwendig ist eine echte Strukturkostenförderung, die auch kleinen Standorten mit wohnortnaher Grund-, Akut- und Notfallversorgung eine fallzahlunabhängige und ausömmliche Finanzierung ermöglicht.

Deshalb fordern die Gesundheitspolitiker der AfD-Bundestagsfraktion und AfD-Landtagsfraktionen:

7. Rettungswesen stärken

Der Ausbau von Verlegungs- und Rettungskapazitäten ist erforderlich, um die optimale Versorgung und die Zusammenarbeit zwischen kleineren Kliniken und größeren Häusern zu gewährleisten. Dazu gehört auch der gezielte Ausbau der Luftrettung zur Sicherstellung kurzer Hilfsfristen. Den Einsatz von Ersthelfern wollen wir fördern und über eine bundesweite App koordinieren.

Deshalb fordern die Gesundheitspolitiker der AfD-Bundestagsfraktion und AfD-Landtagsfraktionen:

8. Qualitätssicherung im Interesse der Patienten

Vorgaben zur Qualitätssicherung müssen die Interessen der Patienten in den Mittelpunkt stellen und dürfen nicht als Vorwand für Strukturabbau missbraucht werden. Der Medizinische Dienst ist zwingend unabhängig von den Krankenkassen zu organisieren. Prüfungen sind zu verschlanken, auf Kernbereiche zu konzentrieren und nach den Grundsätzen von Verhältnismäßigkeit und Erforderlichkeit durchzuführen.

Deshalb fordern die Gesundheitspolitiker der AfD-Bundestagsfraktion und AfD-Landtagsfraktionen:

9. Bürokratieabbau für Kliniken

Die Dokumentationspflichten für Krankenhäuser, Ärzte und Pflegekräfte sind drastisch zu reduzieren. Medizinisches Personal muss mehr Zeit am Patientenbett verbringen können, statt Formulare auszufüllen.

Deshalb fordern die Gesundheitspolitiker der AfD-Bundestagsfraktion und AfD-Landtagsfraktionen:

10. Bessere Personalausstattung

Eine verlässliche Personalplanung mit ausreichendem ärztlichem und pflegerischem Personal ist sicherzustellen. Dazu müssen die Ausbildung und Rückgewinnung von Pflegekräften gestärkt werden. Digitale Anwendungen dürfen nur gefördert werden, wenn sie spürbar entlasten und die Versorgung verbessern.

Deshalb fordern die Gesundheitspolitiker der AfD-Bundestagsfraktion und AfD-Landtagsfraktionen:

11. Regionale Eigenverantwortung stärken

Der Bund darf nicht in die Länderkompetenz der Krankenhausplanung wie mit dem KHVVG eingreifen. Länder und Kommunen benötigen mehr Entscheidungskompetenz, um die Versorgung vor Ort bürgerlich sicherzustellen.